

Durch die Änderung im Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 wurde ein zusätzlicher Entziehungstatbestand geschaffen. Einem österreichischen Staatsbürger ist die Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn dieser freiwillig außerhalb Österreichs als Teil einer organisierten bewaffneten Gruppe aktiv an Kampfhandlungen im Rahmen eines bewaffneten Konfliktes teilnimmt. Zudem wurden Ressortbezeichnungen entsprechend der Bundesministeriengesetz-Novelle 2014, BGBl. I Nr. 11/2014 richtiggestellt.

17.2. Sicherheitsverwaltung

17.2.1. Demonstrationen

2014 wurden im gesamten Bundesgebiet 11.788 Demonstrationen bei den Versammlungsbehörden angezeigt. 63 nach dem Versammlungsgesetz 1953 anzeigepflichtig gewesene Demonstrationen wurden den Versammlungsbehörden nicht angezeigt.

Schwerpunkthemen der ordnungsgemäß angezeigten Demonstrationen

Gegen den Wiener Akademikerball, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Krieg, Menschenrechtsthemen/Außenpolitik/Asylrecht (Situation in Ukraine, Syrien, Iran, Ägypten, Palästina, gegen Terror von IS), Umweltschutz, für den Frieden, Hypo Alpe Adria Bank, EU-Wahl, Tierschutz.

Im Rahmen der ordnungsgemäß angezeigten Demonstrationen wurden 396 Anzeigen erstattet. Eine detaillierte Übersicht dieser Anzeigen findet sich im Anhang Kap. 22.12.

Im Rahmen der ordnungsgemäß angezeigten Demonstrationen erfolgten 6 Festnahmen nach § 35 VStG und 70 Festnahmen nach § 170 StPO.

Schwerpunkthemen der unter Nichtbeachtung der Anzeigepflicht des § 2 Versammlungsgesetz 1953 veranstalteten Demonstrationen

Freihandelsabkommen TTIP, Solidarität mit den Verhafteten bezüglich „Pizzeria Anarchia“, Unterstützung für Kobane/Syrien, Asylrecht, Tierschutz, Umweltschutz, Hypo Alpe Adria Bank.

Im Zusammenhang mit den nicht angezeigten Demonstrationen wurden 89 Anzeigen erstattet. Eine detaillierte Übersicht dieser Anzeigen findet sich in Kapitel 22.12. im Anhang.

Im Rahmen der unter Nichtbeachtung der Anzeigepflicht des § 2 Versammlungsgesetz 1953 veranstalteten Demonstrationen erfolgten eine Festnahme nach § 35 VStG und 22 Festnahmen nach § 170 StPO.

17.2.2. Waffenwesen

Seit der durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union bedingten Anpassung des österreichischen Waffenrechts an das Gemeinschaftsrecht konnte dem seit 1982 anhaltenden steigenden Trend zur Ausstellung von waffenrechtlichen Urkunden im Jahr 1998 Einhalt geboten werden. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2014 fort.

Stichtag	Waffenpässe	Waffenbesitzkarten	Waffenscheine	Summe
01.12.1982	81.609	105.384	2.369	189.362
01.01.1998	114.568	244.060	2.177	360.805
01.01.2003	102.370	200.266	1.344	303.980
01.01.2004	95.389	182.891	1.163	279.443
Männer	92.288	161.422	1.132	254.842
Frauen	3.101	21.469	31	24.601
31.12.2013	77.714	153.820	541	232.075
Männer	74.797	137.089	525	212.411
Frauen	2.917	16.731	16	19.664
31.12.2014	74.450	150.705	510	225.665
Männer	71.570	134.320	495	206.385
Frauen	2.880	16.385	15	19.280

Tab. 9. Entwicklung waffenrechtliche Dokumente 1982, 1998, 2003, 2004, 2013, 2014

17.2.3. Passwesen

2014 wurden 599.653 Reisepässe (inkl. Kinderpässe), dies sind 2,94 % mehr als 2013 und 111.776 Personalausweise, das sind 9,09 % mehr als 2013 ausgestellt. Die Anzahl der ausgestellten Reisepässe bewegt sich auf durchschnittlichem Niveau. Die Anzahl der ausgestellten Personalausweise ist im Vergleich zum Vorjahr etwas gestiegen und bewegt sich ebenfalls auf einem durchschnittlichen Niveau.

17.3. Aufenthaltsrecht

Die Quote für die Neuerteilung von quotenpflichtigen Aufenthaltstiteln für 2014 wurde auf 5.228 festgelegt. Im Jahr 2013 betrug die vergleichbare Zahl 5.133.

Aufgrund von Verordnungen des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit durften bis zu 4.500 Beschäftigungsbewilligungen erteilt werden, mit denen ein damit verbundenes Einreise- und Aufenthaltsrecht nach dem Fremdenpolizeigesetz (FPG) gegeben ist (im Jahr 2013 waren es 7.000 Bewilligungen).

Darüber hinaus wurde in der Niederlassungsverordnung 2014 für bis zu 700 Erntehelfer (im Jahr 2013 waren es noch 2.500) die Möglichkeit eingeräumt, Bewilligungen nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz zu erhalten, mit denen ein Einreise- und Aufenthaltsrecht nach dem FPG eingeräumt werden kann.

Mit Stand 31. Dezember 2014 verfügten 420.274 Fremde über aufrechte Aufenthaltstitel nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG). Insgesamt wurden im Jahr 2014 (Stand: 31.12.2014) 96.794 Erstaufenthaltstitel und Dokumentationen (inkl. Aufenthaltskarten) erteilt.

Beidenaufrechten Aufenthaltstiteln stehen – gegliedert nach Nationalitäten – Staatsangehörige von der Türkei mit 23,37 % (2013: 24,28 %) an erster Stelle, gefolgt von Staatsangehörigen von Serbien mit 22,54 % (2013: 25,22%) und Staatsangehörigen aus Bosnien-Herzegowina mit 20,58 % (2013: 19,69 %).

17.4. Staatsbürgerschaftswesen

2014 wurden 7.693 Personen in Österreich in Österreich eingebürgert, um 275 [3,7%] mehr als 2013 [7.418].

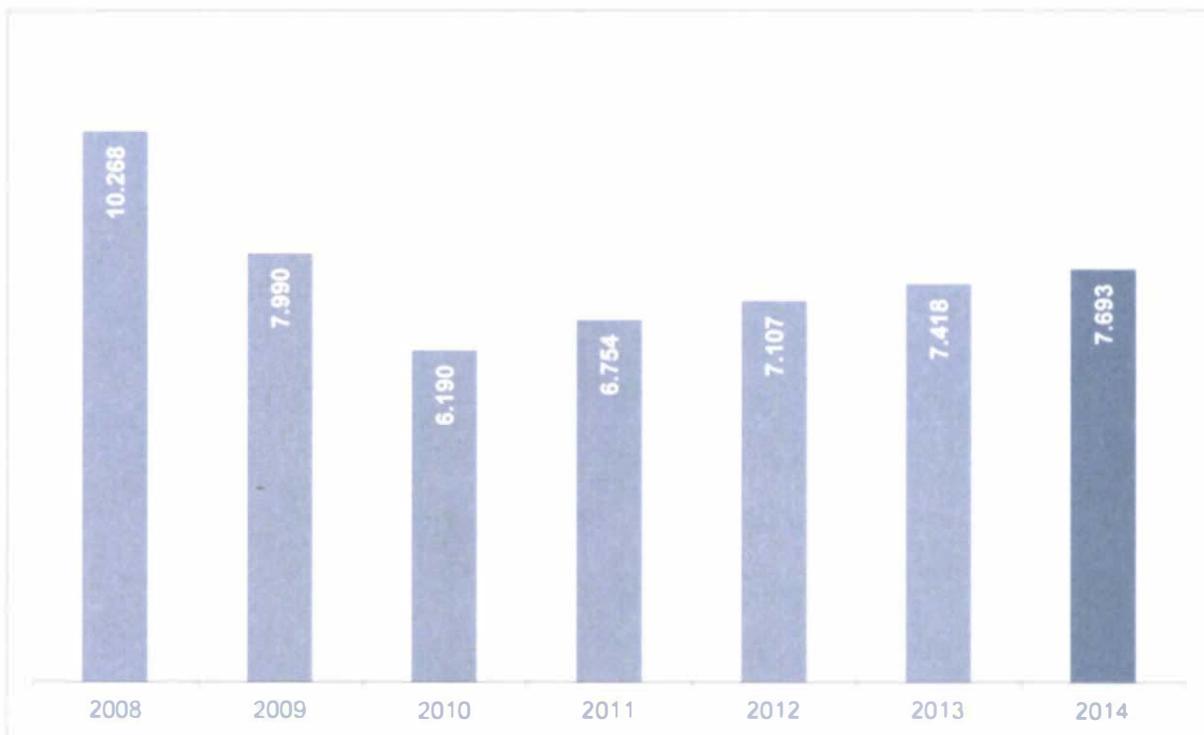


Abb. 12 Einbürgerungen in Österreich 2008 - 2014

Die meisten Einbürgerungen gab es in Wien 2.741 [10,6 % mehr als 2013] gefolgt von Oberösterreich und Niederösterreich. Die geringste Anzahl im Burgenland mit 150 Einbürgerungen [7,9% mehr als 2013].

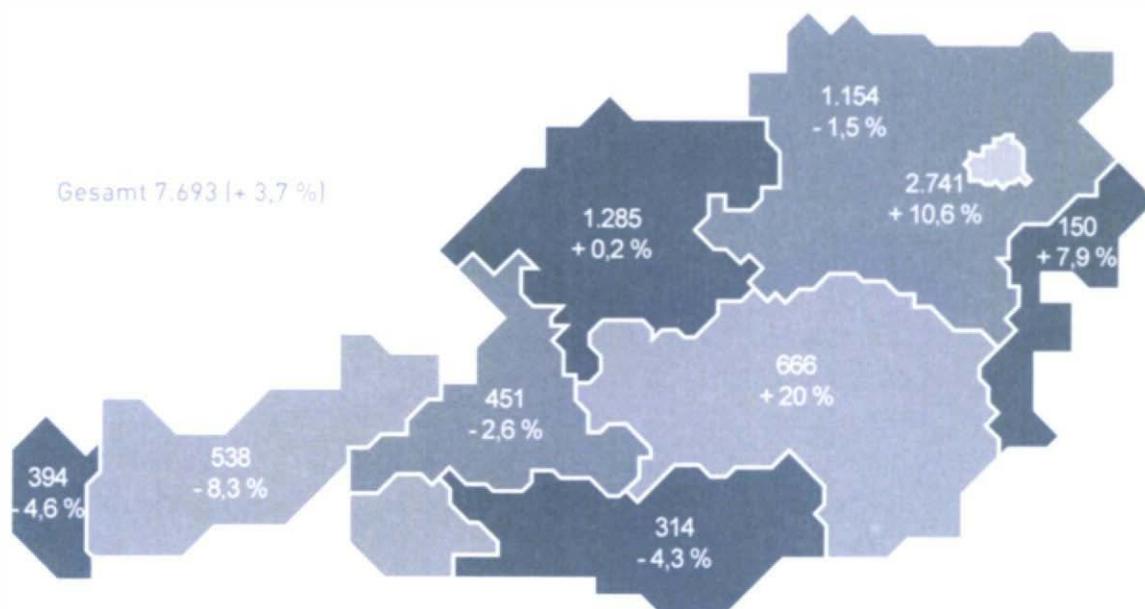


Abb. 13 Einbürgerungen 2014 pro Bundesland und prozentuelle Veränderungen gegenüber 2013

17.5. Asylwesen

Im Jahr 2014 stellten insgesamt 28.064 Fremde einen Antrag auf Gewährung von Asyl, im Jahr 2013 waren es 17.503. Dies bedeutet eine Steigerung von 60,3 %. Stellten noch im zweiten Halbjahr des Jahres 2013 9.263 Personen einen Asylantrag, so waren es im Vergleichszeitraum des Jahres 2014 19.017 Personen, was einer Steigerung von 105,3 % entspricht.

Die Asylwerber kamen aus 99 verschiedenen Ländern, wobei etwa 27,5 % aller Antragsteller aus Syrien (7.730 Personen), 18,1 % aus Afghanistan (5.076 Personen) und 7,1 % aus der Russ. Föderation (1.996 Personen) stammen. Die Entwicklung zeigt, dass die Anzahl von Antragstellern aus Syrien (+ 288,3 %), dem Kosovo (+ 103,5 %) und Afghanistan (+96,1 %) seit 2013 sehr stark gestiegen ist, währenddessen ein Rückgang bei den Asylanträgen der Russische Föderation (-29,7%), Nigeria (-2,6%) und Pakistan (- 42,5 %) zu verzeichnen ist.

Unter den zehn antragsstärksten Nationen im Jahre 2014 waren die Angehörigen folgender Staaten vertreten (in Personen): Syrien (7.730), Afghanistan (5.076), Russische Föderation (1.996), Kosovo (1.903), staatenlos (1.314), Somalia (1.162), Irak (1.105), Iran (743), Nigeria (673) und Pakistan (596).

Diese zehn angeführten Länder machten einen Anteil von 79,5 % (22.298) aller Asylanträge (28.064) aus.

Grundversorgung

Am 1. Mai 2004 trat die Vereinbarung (Grundversorgungsvereinbarung) zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich in Kraft.

Mit 30.12.2014 waren insgesamt 31.233 hilfs- und schutzbedürftige Fremde im Rahmen dieses Versorgungsmodells untergebracht. Das ist ein Anstieg im Vergleich zum Jahr 2013 von +42,46 % und gegenüber dem Jahr 2005 eine Steigerung von +6,6 %.

Bundesland	IST-Stand	Quote in %	SOLL-Stand	Quotenerfüllung in %	Quotenabweichung	
					In Zahlen	in %
		3,391702	1.059	88,74	-119	-11,26
Kärnten	1.872	6,577540	2.054	91,12	-182	-8,88
Niederösterreich	6.093	19,161072	5.985	101,81	108	1,81
Oberösterreich	4.721	16,786619	5.243	90,04	-522	-9,96
Salzburg	1.677	6,297243	1.967	85,26	-290	-14,74
Steiermark	4.569	14,335746	4.477	102,04	92	2,04
Tirol	2.141	8,459669	2.642	81,03	-501	-18,97
Vorarlberg	1.188	4,407271	1.377	86,30	-189	-13,70
Wien	8.032	20,583138	6.429	124,94	1.603	24,94
Summe	31.233	100	31.233		0	

Tab. 10: Personen in Grundversorgung 2014

Bundesbetreuung für Asylwerber

Seit 2005 wird die Grundversorgung von Asylwerbern im Zulassungsverfahren und bestimmten anderen Fremden durch das Grundversorgungsgesetz geregelt. Ende 2005 befanden sich 2.004 Personen in Grundversorgung. Ende 2014 betrug diese Zahl 3.702 Personen. Das stellt eine Steigerung von 84,7% gegenüber 2005 dar.

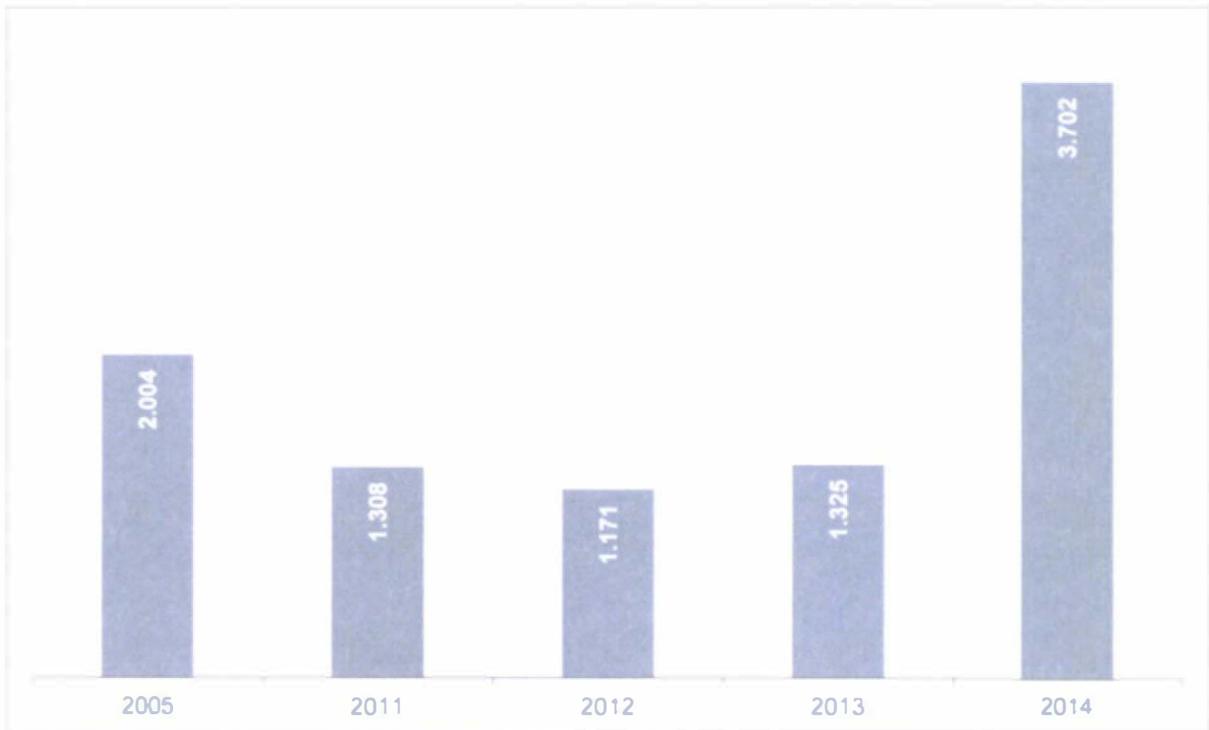


Abb 14. Bundesbetreuung 2005 bis 2014

17.6. Datenschutz

2014 wurden bei der Datenschutzbehörde vierzehn Beschwerden gemäß § 90 SPG (iVm § 31 DSG 2000) wegen Verletzung von Rechten durch Verwenden personenbezogener Daten in Angelegenheiten der Sicherheitsverwaltung entgegen den Bestimmungen des Datenschutzgesetzes eingebracht. Sechs Verfahren wurden von der Datenschutzbehörde bereits eingestellt, zwei Beschwerden wurden abgewiesen und zwei Beschwerden wurde stattgegeben. Darüber hinaus hat die Datenschutzbehörde im Jahr 2014 vier Beschwerden aus den Vorjahren abgewiesen, vier Beschwerdeverfahren aus den Vorjahren wurden eingestellt und zwei Beschwerden aus den Vorjahren wurde teilweise stattgegeben.

18. INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE

18.1. Digitalfunk BOS Austria

In einem kooperativen Modell mit den Bundesländern – Bundesländer errichten baulich die Basisstationsstandorte, BMI übernimmt Kosten für die Systemtechnik und den Betrieb – errichtet und betreibt das BMI das österreichweit einheitliche Behördenfunksystem BOS Austria. BOS steht für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Dieses System basiert auf der speziell für Bedürfnisse von Einsatzorganisationen entwickelten und standardisierten TETRA 25 Bündelfunktechnologie. Dieses System bietet neben einem weiten Spektrum für Sprach- und Datenanwendungen gegenüber den bisherigen Analogfunksystemen einen wesentlich erweiterten Raum zur Bedeckung der steigenden Kommunikationsbedürfnisse und Abhörsicherheit.

Der Ausbau des BOS Austria wurde im Rahmen der Linienarbeit INNEN.SICHER.2014 MO 17 fortgeführt. Derzeit sind rund 60 % der Fläche Österreichs mit dem Digitalfunk BOS Austria versorgt. Nach Abschluss der Errichtung des Systems in den bereits beigetretenen Bundesländern Burgenland, Salzburg und Oberösterreich werden es 86% der Fläche Österreichs mit dem Digitalfunk abgedeckt sein. Somit wird sich der Anteil der Bevölkerung, die von der besseren Kommunikation der Einsatzorganisationen profitiert von derzeit 63% auf 89% erweitern.

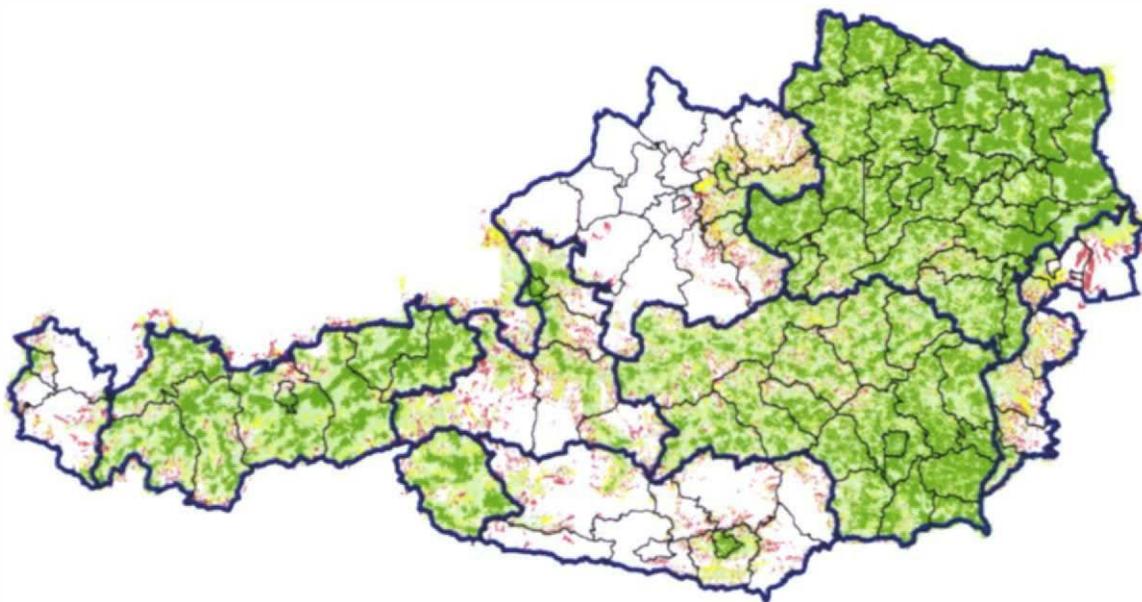


Abb. 15 Abdeckungsgrad der Fläche Österreichs mit Digitalfunk BOS Ende 2014

Ende 2014 nutzen nahezu 100.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der österreichischen Einsatzorganisationen den Digitalfunk BOS Austria mit insgesamt 52.609 Endgeräten. 2014 wurde mit dem Land Salzburg eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Die Zahl der Nutzer und Standorte wird sich damit 2015 erhöhen. Weitere Details über die Zahlen der Endgeräte nach Einsatzort, die Aufstellung der Endgeräte nach Bedarfsträger und die Standorte (Basisstationen) finden sich in Kapitel 22.13. im Anhang.

18.2. Notrufsystem

Neben dem Polizeinotruf betreibt das BMI auch den Euro Notruf 112 in den Einsatzleitstellen der Bundespolizei. 2014 langten 2.493.485 Notrufe ein, davon über die Notrufnummer 112 876.454 Notrufe (davon 28.356 CDR¹⁰ und 848.098 UDR¹¹) und über die Notrufnummer 133 1.617.031 (247.126 CDR und 1.369.905 UDR).

Mit der mittlerweile hohen Verbreitung von Mobiltelefonen und der Normierung der Notrufnummer 112 in Europa, stieg die Zahl der Notrufe über mobile Geräte in den vergangenen Jahren. 2014 gingen 35 % der Notrufe über die Notrufnummer 112 und 65 % über die Notrufnummer 133 ein.

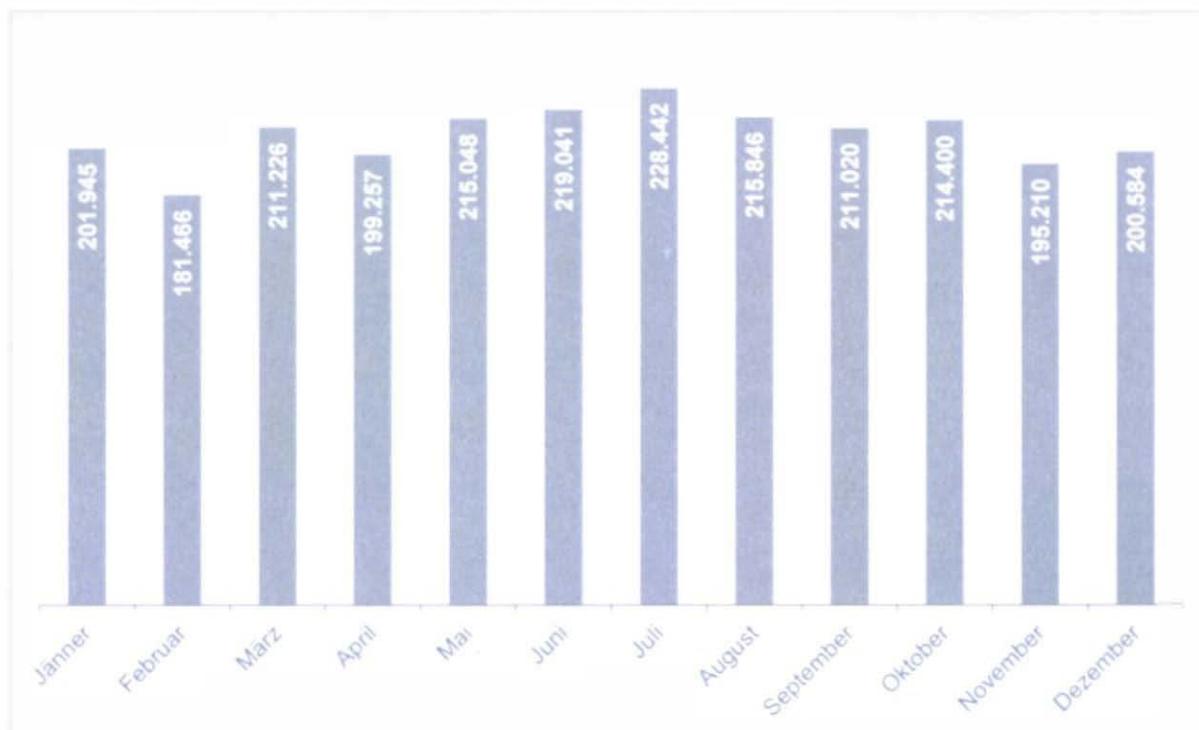


Abb. 16: Monatstrend Notrufe 2014

18.3. Automationsunterstützte Datenverarbeitung

Über ein Portalverbundsystem wird den abfrage- und updateberechtigten Stellen (Sicherheitsverwaltung, Bund, Länder, Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften, Ministerien und Businesspartner) der Zugriff auf die IKT-Anwendungen im Aufgabenbereich des BMI ermöglicht. Dieser erfolgt im 24-Stundenbetrieb und in einer für den Datenschutz nachvollziehbaren Weise. Dabei werden Daten und Informationen im engeren Sinn (Personenfahndung und -information, Sachen- und Kraftfahrzeugfahndung), Informationen im weiteren Sinn (Waffen-, Identitätsdokumenten-, Kraftfahrzeugzentralregister, Grenzkontrollsysteme, Informationen

¹⁰ Call detail record (CDR): Festnetz Telekom Austria AG

¹¹ Usage data record (UDR): Festnetz und Mobilnetz alternative Netzbetreiber

über gestohlene/entfremdete Reisepässe, Vereins- und Melderegister) sowie Informationen der sonstigen Sicherheitsverwaltung (Verwaltungsstrafverfahren, Büroautomations- und Kommunikationsanwendungen und andere administrative IKT-Anwendungen) verarbeitet.

2014 wurden im Rahmen von INNEN.SICHER. zwei wichtige Vorhaben im Bereich der automatisationsunterstützten Datenverarbeitung verwirklicht. In der Linienarbeit SI 13 „Zentrales Personenstandsregister und Zentrale Staatsbürgerschaftsevidenz“ wurden beide Systeme mit 1. November 2014 in Betrieb genommen.

Im Rahmen der Linienarbeit SI 14 „Bundesclient“ beteiligte sich das Bundesministerium für Inneres, am Projekt Bundesclient und brachte seine Erfahrungen bei der Konsolidierung der EDV-Arbeitsplätze ein, die in den Jahren 2000–2004 erfolgreich umgesetzt wurde.

Personenfahndung und Personeninformation

Auf der Grundlage des Sicherheitspolizeigesetzes, der „Gemeinsamen Fahndungsvorschrift der Bundesministerien für Inneres, für Justiz und für Finanzen“ sowie der „Fahndungs- und Informationsvorschrift“ des BMI erfolgten 2014 14.989.853 Anfragen und 512.409 Updates.

Die Gesamtübersicht über die 2014 verarbeiteten Datensätzen in der Applikation Personenfahndung und Personeninformation findet sich in Kapitel 22.14. im Anhang.

Sachenfahndung

In der SAFA-Datenbank werden Identitätsdokumente, Feuerwaffen, Blankodokumente, Banknoten, Kfz/Kennzeichen-Fahndungen und sonstige Dokumente (keine SIS-Relevanz) gespeichert. 2014 erfolgen 158.273 Neuzugänge, 1.822 Berichtigungen, 18.100.787 Anfragen sowie 520.718 Updating.

GREKO 6

Das für die Grenzkontrollstellen entwickelte technische Grenzkontrollsystem unterstützt die kontrollierenden Beamten vor Ort. 2014 erfolgen 1.267.345 Anfragen.

Betreuungsinformationssystem (BIS/GVS)

Auf Grund der Art. 15a B-VG-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern wurden entsprechende Programme erstellt, die es ermöglichen, die für die Kostenaufteilung relevanten Informationen zu speichern und die die automationsunterstützte 60:40-Abrechnung ermöglichen. 2014 waren 31.256 betreute Personen im Betreuungsinformationssystem (BIS/GVS) gespeichert. Die Gesamtübersicht der gespeicherten Daten findet sich in Kapitel 22.14. im Anhang.

Zentrales Melderegister (ZMR), Stammzahlenregister (SZR), Ergänzungsregister natürliche Personen (ERNP), Zentrales Personenstandsregister (ZPR)

Mit der Implementierung des elektronischen Personenkerns, bestehend aus dem Zentralen Melderegister, dem Ergänzungsregister natürlicher Personen, dem Stammzahlenregister und

dem Zentralen Personenstandsregister ist es dem BMI gelungen, die elementare Grundlage für die elektronische Identitätsverwaltung in ganz Österreich zu schaffen.

Das ZMR ist mit bis zu 6,5 Millionen elektronischen Geschäftsfällen pro Monat, das am häufigsten verwendete Online-Register Österreichs, das von allen Behörden der österreichischen Verwaltung sowie den 2.102 Gemeinden Österreichs genutzt werden kann.

Auch den Bürgerinnen und Bürgern sowie die Privatwirtschaft stehen die zentralen Register des elektronischen Personenkerne zur Verfügung. Beispielsweise wurde der elektronische Personenkerne von den Versicherungen im Jahr 2014 für über 1.300.000 Kfz-An- und Ummeldungen genutzt.

Die beiden Applikationen Ergänzungsregister natürliche Personen und Stammzahlenregister, die ebenfalls vom BMI betrieben werden, bilden die Grundlage für das österreichische elektronische Identitätskonzept (bPK-Konzept) und sind die Basis für über eine Milliarde ausgestellter bereichsspezifischer Personenkennezeichen. Diese sogenannten „bPKs“ gewährleisten den gesicherten bereichsübergreifenden Datenaustausch in der öffentlichen Verwaltung und verhindern die missbräuchliche Verwendung von Personendaten.

Am 1. November 2014 ging das jüngste Register des elektronischen Personenkerne, das Zentrale Personenstandsregister, in Vollbetrieb. Die Einführung dieses neuen Registers ermöglicht eine effiziente, transparente, bürgernahe und serviceorientierte Behördenarbeit auf höchstem technischem Niveau. Erstmals können alle Personenstandsfälle österreichweit in einem zentralen Register erfasst, gespeichert und verwaltet werden.

Gleichzeitig mit Einführung des ZPR wurde das Zentrale Staatsbürgerschaftsregister eingerichtet. Dadurch ist es möglich, dass auch unabhängig vom Wohnsitz ein Staatsbürgerschaftsnachweis ausgestellt werden kann.

Alle Personenstandsbehörden und Evidenzstellen können auf die Daten zugreifen. Bürgerinnen und Bürger ist es damit möglich, bei jeder Behörde um Information oder Dokumente anzufragen.

Ohne den elektronischen Personenkerne des BMI könnten Identitäten von Personen elektronisch nicht eindeutig zugeordnet werden und in weiterer Folge diese Verfahren und diese Prozesse auch nicht edv-technisch abgewickelt werden. Er ist somit einer der wichtigsten Grundsteine für das E-Government in Österreich.

Zentrales Vereinsregister (ZVR)

Seit 1. Jänner 2006 können über das Zentrale Vereinsregisters (ZVR) gebührenfrei Online-Einzelabfragen zu einem bestimmten Verein durchgeführt werden. 2014 waren im ZVR ca. 121.000 Vereine gespeichert.

Kraftfahrzeugzentralregister

2014 waren im Kraftfahrzeugregister (KZR) 6.961.330 angemeldete, 9.170.493 abgemeldet und 416.586 hinterlegte KFZ-Kennzeichen gespeichert.

Verwaltungsstrafverfahren – VStV-Neu

Seit 2014 werden die Anzeigen der Exekutive (VStV-Exekutivteil) in der gleichen elektronischen Umgebung wie das darauf folgende Verwaltungsstrafverfahren (VStV-Behördenteil) von den Bediensteten der Landespolizeidirektionen bearbeitet. Dieses VStV-Neu ermöglicht:

- Übermittlung der Anzeigen an die Bezirksverwaltungsbehörden im elektronischem Weg;
- Übermittlung der der Radaranzeigen über einen neu geschaffenen Beweismittelserver einschließlich der Möglichkeit, über einen Link die entsprechenden Radarfotos abzurufen und gegebenenfalls zu speichern;
- im Exekutivteil EKIS-Abfragen durchzuführen;
- durch die automatische Einzahlungsüberwachung der Verwaltungsstrafen, die Versendung aller Schreiben im Wege des Bundesrechenzentrums unterstützt.

Identitätsdokumentenregister (IDR)

2014 erfolgen im Identitätsdokumentenregister (IDR) 2.665.739 Anfragen und 124.112 Updates. Die Gesamtübersicht der gespeicherten Daten Dokumente findet sich in Kapitel 22.14. im Anhang.

Vollziehung des Waffengesetzes (ZWR)

Seit 2012 erfolgt die Vollziehung des Waffengesetzes bei allen Landespolizeidirektionen sowie bei den Bezirkshauptmannschaften automationsunterstützt durch das Zentrale Waffenregister. Aufgrund eines erfolgreichen Datenclearings der Waffenbehörden im Jahr 2014 wurden mehrfach gespeicherte Personen und Verfahren zusammengeführt. 2014 erfolgen im Zentralen Waffenregister (ZWR) 923.800 Anfragen und 910.938 Updates. Die Gesamtübersicht der gespeicherten Daten Dokumente findet sich in Kapitel 22.14. im Anhang.

18.4. Einsatzleitsystem (ELS)

Dieses System umfasst die Erfassung, Bearbeitung und Dokumentation von Ereignissen und damit die Einsatzannahme, Einsatzbearbeitung, Dokumentation (gerichtsfeste Protokollierung), Administration und Verwaltung der Daten. Zum TUS-System (Alarmsystem der Großbanken, Versicherungen etc.) besteht eine Schnittstelle. Das bedeutet, dass die Alarmer automatisch beim ELS eingehen und rasch weitergeleitet werden können.

19. TECHNIK UND INFRASTRUKTUR

Um ihre Aufgaben wirkungsvoll erfüllen zu können, benötigen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMI moderne Technik und eine passende Infrastruktur. Trotz der laufenden Budgetkonsolidierungen konnten im Jahr 2014 die notwendigen Beschaffungen durchgeführt werden, um diesen Bedarf zu decken.

Waffen und Ausrüstung

Neben den laufenden Ergänzungsbeschaffungen, die aufgrund von Beschädigungen und Verschleiß diverser Ausrüstungsgegenstände notwendig waren, erfolgten folgende Beschaffungen:

Waffen und Ausrüstung für den Bereich der Sicherheitsexekutive:

• Munition 9mm Luger, Sondermunition - diverse Kaliber	2.573.727,16 €
• TASER Übungs- und Einsatzmodule	34.652,65 €
• Glock Pistolen und Zubehör, Holster-Sets	24.636,66 €
• Kurzmaschinenpistolen	133.650,00 €
• OC-Reizstoffsprühgeräte - Zubehör	223.836,67 €
• Ballistische Überziehschutzwesten	2.437.200,00 €
• GSOD-Einsatzhandschuh	29.678,36 €
• Div. Ausrüstung für Training und Einsatz	22.926,00 €
Gesamt:	5.480.307,50 €

Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Schießanlagen:

• LPD Kärnten	25.773,68 €
• LPD Tirol	14.568,27 €
• LPD Wien	74.297,38 €
Gesamt	114.639,33 €

Ausgaben im Bereich weiterer Abteilungen: 8.496,66 €

Gesamt : 5.603.443,49 €

Fahrzeuge

Jahreskilometerleistung aller Dienstkraftfahrzeuge	135.530.000
Anzahl der im Jahr 2014 neu geleasteten Dienstkraftfahrzeuge	1.389
Anzahl der im Jahr 2014 gekauften Dienstkraftfahrzeuge	14
Treibstoffverbrauch 2014 in Liter	10.400.000

Bau- und Liegenschaftsangelegenheiten

Gut ausgestattete und funktionale Amtsräume sind ein wesentliches Element einer modernen Sicherheitsorganisation. Gerade im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Aufgaben der Dienststellen kommt daher den baulichen Maßnahmen besondere Bedeutung zu. Dazu wurden im Berichtsjahr 2014 insgesamt 7.688.338,68 Euro in bauliche Maßnahmen im Polizeibereich investiert. Dabei konnten neben Maßnahmen geringeren Umfangs insbesondere folgende maßgebliche Bauvorhaben in den jeweiligen LPD-Bereichen final umgesetzt werden:

Burgenland:

PI Neufeld an der Leitha - Neuanmietung

Niederösterreich:

PI Königstetten, PI Traisenpark, PI Bad Fischau-Brunn - Neuanmietungen

Oberösterreich:

PI Vorchdorf - Neuanmietung

Steiermark

Landesamt für Verfassungsschutz - Generalsanierung des AG Graz-Paulustorgasse 8
LPD AG Straßganger Straße 282 - Neubau

Tirol

Anhalte- und Betreuungsstelle, Plon/Steinach am Brenner - Neuanmietung

Vorarlberg

PI Bezau - Neuanmietung

Wien

PI Lassallestraße - Neuanmietung, PI und AGM Hauptbahnhof - Neuanmietung

20. ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abbildungen

Abb. 1: Entwicklung der Gesamtkriminalität in Österreich von 2005 bis 2014

Abb. 2: Entwicklung der Kriminalität in den Bundesländern 2013 und 2014

Abb. 3: Aufklärungsquoten Gesamtkriminalität von 2005 bis 2014

Abb. 4: Einbruch in Wohnungen und Wohnhäuser von 2005 bis 2014

Abb. 5: Kfz-Diebstahl von 2005 bis 2014

Abb. 6: Gewaltdelikte gesamt von 2005 bis 2014

Abb. 7: Cybercrime von 2005 bis 2014

Abb. 8: Internetbetrug von 2005 bis 2014

Abb. 9: Wirtschaftsdelikte gesamt von 2005 bis 2014

Abb. 10: Entwicklung der rechtswidrig eingereisten Personen, der geschleppten Personen und der Schlepper 2005 bis 2014

Abb. 11: Entwicklung Schengentreffer in Österreich/Schengenstaaten 2007 – 2014

Abb. 12: Einbürgerungen in Österreich 2008 - 2014

Abb. 13: Einbürgerungen 2014 pro Bundesland und prozentuelle Veränderungen gegenüber 2013

Abb. 14: Bundesbetreuung 2005 bis 2014

Abb. 15: Abdeckungsgrad der Fläche Österreichs mit Digitalfunk BOS Ende 2014

Abb. 16: Monatstrend Notrufe 2014

Tabellen

Tab. 1: Gesamtkriminalität/Häufigkeitszahl pro 100.000 Einwohner

Tab. 2: Verwendung von Schusswaffen

Tab. 3: Anzeigen nach dem Suchtmittelgesetz 2013 und 2014

Tab. 4: Anzeigen strafbare Handlungen mit rechtsextremen Hintergrund 2013 und 2014

Tab. 5: Anzeigen strafbare Handlungen mit linksextremen Hintergrund 2013 und 2014

Tab. 6: Beratungsstatistik der Kriminalprävention 2014

Tab. 7: Erkennungsdienstliche Evidenz bis 31. Dezember 2014.

Tab. 8: Treffer DNA-Datenbank 2014 und Gesamt

Tab. 9: Entwicklung waffenrechtliche Dokumente 1982, 1998, 2003, 2004, 2013, 2014

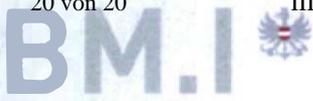
Tab. 10: Personen in Grundversorgung 2014

21. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AEPC	Association of European Police Colleges
AFIS	Automationsunterstütztes Fingerabdruck-Identifizierungs-System
AIS	Asylwerberinformationssystem
BAK	Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung
BGBI	Bundesgesetzblatt
BIS/GVS	Betreuungsinformationssystem Grundversorgung
BK	Bundeskriminalamt
BKA	Bundeskriminalamt (Deutschland)
BMI	Bundesministerium für Inneres
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
bPK	bereichsspezifische Personenkennzeichen
BVT	Bundesamt für Verfassung und Terrorismusbekämpfung
C4	Cybercrime Competence Center
CEPOL	Europäische Polizeiakademie (französischsprachige Abkürzung)
DNA	Desoxyribonukleinsäure
DSE	Direktion für Spezialeinheiten
EACN	European Anti-Corruption Network
ED	Erkennungsdienst
EDWF	Erkennungsdienstlicher Workflow
EK	Europäische Kommission
EKIS	Elektronisches Kriminalpolizeiliches Informationssystem
EKO	Einsatzkommando
ELS	Einsatzleitsystem
ENFSI	Arbeitsgruppen der Vereinigung der Europäischen Kriminaltechnik
EPAC	European Partners Against Corruption
ERnP	Ergänzungsregister natürliche Personen
EU	Europäische Union
Eurodac	Europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken
Eurojust	Justizbehörde der Europäischen Union
Europol	Europäisches Polizeiamt
FH	Fachhochschule

FIS	Fremdeninformationssystem
FPG	Fremdenpolizeigesetz
Frontex	Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union
GPS	Global Positioning System
GRECO	Le Groupe d'Etats contre la Corruption
GREKO	Grenzkontrollstelle
GSOD	Großer Sicherheits- und Ordnungsdienst
ICAO	International Civil Aviation Organization
IDR	Identitätsdokumentenregister
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
Interpol	Internationale kriminalpolizeiliche Organisation
IWF	Institut für Wissenschaft und Forschung (SIAK)
KAP	Kompetenzzentrum für abgängige Personen
Kfz	Kraftfahrzeug
KIRAS	Österreichisches Sicherheitsforschungsprogramm
KorrStrÄG	Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz
KZR	Kraftfahrzeug-Zentralregister
LPD	Landespolizeikommando
MEPA	Mitteuropäische Polizeiakademie
MoU	Memorandum of Understanding
OFA	Operative Fallanalyse
OK	Organisierte Kriminalität
OMCG	Outlaw Motorcycle Gangs
OZ AGM	Operatives Zentrum für Ausgleichsmaßnahmen
PDH	Polizeidiensthunde
PGA	Polizeiliche Grundausbildung
RAG	Ratarbeitsgruppe
SAFA	Sachenfahndung
SIAK	Sicherheitsakademie
SIENA	Secure Information Exchange Network Application
SIRENE	Supplementary Information Request at the National Entry
SIS II	Schengener Informationssystem der 2. Generation

SKKM	Staatliches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement
SOKO	Sonderkommission
SPG	Sicherheitspolizeigesetz
SPOC	Single Point of Contact
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
SZR	Stammzahlenregister
TUS	Tonfrequentes Übertragungssystem
UNCAC	United Nations Convention against Corruption
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
VE	Verdeckte Ermittlung
VO	Verordnung [der EU]
VStV	Verwaltungsstrafverfahren
ZMR	Zentrales Melderegister
ZVR	Zentrales Vereinsregister
ZWR	Zentrales Waffenregister



BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES